

AUSGABE VOM 16. FEBRUAR 2019

Niedrigster Stand der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen seit 1991

Der Rückgang der Kriminalität hält an: NRW ist so sicher wie seit fast 30 Jahren nicht mehr. Das geht aus der Kriminalitätsstatistik 2018 hervor. Die Zahl der Straftaten sank im Vergleich zu 2017 um knapp 7 Prozent und liegt nun bei knapp 1,3 Millionen - der niedrigste Stand seit 1991. Zugleich ist die Aufklärungsquote der Polizei so hoch wie noch nie: Mehr als die Hälfte aller Straftaten galten als aufgeklärt.

„Auch in Köln ist die Kriminalität 2018 in fast allen Bereichen gesunken“, freut sich CDU-MdB Karsten Möring. „Die Null-Toleranz-Strategie von Innenminister Reul erweist sich als richtig und hat meine Unterstützung. Außerdem begrüße ich sehr, dass sich das BKA stärker in den Kampf gegen die Clankriminalität einschalten will.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Zahlen sind erfreulich: ob Gewaltkriminalität, Straßenskriminalität, Diebstahlsdelikte oder Wohnungseinbrüche - auf nahezu allen Feldern sinken die NRW-Fallzahlen, auch in Köln. Das entschlossener Auftreten von Polizei und Justiz erhöht den Fahndungs- und Kontrolldruck und schreckt Täter ab. Ein tolles Zeugnis und Kompliment an die 42.000 Polizisten im Land! Sie leisten großartige Arbeit.



Wir müssen und werden diese Linie konsequent fortführen und in Personal und gute Ausstattung investieren. Das ist bei Innenminister Reul in guten Händen: Nach rot-grünen Regierungsjahren des Zauderns und Wegschauens ist ein neuer Geist bei den Sicherheitsbehörden eingezogen.

Die Maßnahmen, die die NRW-Koalition nach der Regierungsübernahme ergriffen hat, zeigen Wirkung. Wir haben den Menschen auch in Köln zugesagt, gegen alle Formen der Kriminalität mit aller Kraft und effizient zu kämpfen. Das halten wir ein, das belegen nicht nur die Zahlen, das spüren zunehmend die Menschen im Alltag. Für die Menschen, die Opfer eines Verbrechens werden, kann natürlich selbst die schönste Statistik kein Trost sein. Aber wir können für uns in Anspruch nehmen, die Weichen richtig gestellt zu haben und so auch Vertrauen in der Bevölkerung wiedergewonnen zu haben - Vertrauen, das über viele Jahre leichtfertig verspielt wurde. Sicher und gut leben in Köln - dafür werde ich auch künftig weiter intensiv arbeiten!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Fahrverbote weitestgehend vom Tisch - EU genehmigt neues Gesetz

Die Europäische Kommission hat keine Einwände gegen eine Gesetzesänderung, die der Deutsche Bundestag aktuell debattiert und die voraussichtlich am 1. April in Kraft treten soll. Mit der angestrebten Gesetzesänderung wollen Bundesregierung und Regierungskoalition klarstellen, dass Fahrverbote „nicht notwendig“ und „nicht verhältnismäßig“ sind, wenn die Stickstoffdioxid-Belastung in der Atemluft 50 Mikrogramm pro Kubikmeter nicht übersteigt. Die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist eine der bereits 2018 vom Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung des Konzepts für saubere Luft und der Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten.



Gute Nachrichten für Kölner Diesel-Fahrer: CDU-MdB Karsten Möring an der Messstation am Clevischen Ring (Foto: Alexander Roll/EXPRESS)

„Fahrverbote würden so auch in Köln weitestgehend vermieden! Ein schöner Erfolg und eine gute Nachricht für alle betroffenen Dieselfahrer in der Domstadt und weiteren NRW-Städten“, freut sich der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring, der den Gesetzentwurf als federführender Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitverantwortet. „Mit dem Gesetz können Fahrverbote nur noch im Ausnahmefall bei besonders hoher Belastung in Frage kommen, wie beispielsweise am Clevischen Ring in Köln“, so Möring. „Aber auch dort sind sie nicht zwingend. Wesentlich ist, dass mit den Fördermaßnahmen des Bundes und kommunalen Maßnahmen der gültige europäische Grenzwert in absehbarer Zukunft erreicht werden kann.“

Durch bundesweit einheitliche Ausnahmen von Verkehrsverboten soweit sie dann immer noch nötig sein sollten, schafft der Entwurf Rechtssicherheit für Fahrzeughalter. So sind Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge nach einer entsprechenden Hardware-Nachrüstung sowie Euro 6-Fahrzeuge nach dem Entwurf bundesweit einheitlich von Verkehrsverboten ausgenommen. Dies gilt auch für bestimmte nachgerüstete Fahrzeuge mit Stickstoffdioxid-Minderungsanlagen wie Busse, schwere Kommunalfahrzeuge und bestimmte Handwerker- und Lieferfahrzeuge. Schließlich werden auch Ausnahmen geregelt, z.B. für behinderte Menschen, für Krankenwagen und für Polizeifahrzeuge. Weitere Ausnahmegenehmigungen kann die Stadt selbst erteilen



Kinder besser vor Missbrauch schützen

Die CDU/CSU-Fraktion hat diese Woche eine neue Initiative zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch vorgestellt. Für einen wirksameren Schutz will die Union unter anderem die Hilfesysteme für die Betroffenen ausbauen, die Ermittlungstätigkeiten stärken, eine konsequente Strafverfolgung ermöglichen sowie Präventionsangebote ausweiten.

„Es darf nicht sein, dass sexuelle Gewalt heute schon fast zum Grundrisiko einer Kindheit gehört. Der Kampf gegen Missbrauch gehört deshalb zu unseren wichtigsten Aufgaben. Die Verschärfung des Sexualstrafrechts, die wir in der letzten Wahlperiode beschlossen haben, reicht noch nicht aus. Wir brauchen eine weit umfassendere Agenda, um wirksam gegen Kindesmissbrauch vorzugehen“, so MdB Karsten Möring.

Die Union plädiert für eine Strafverschärfung beim Besitz von Kinderpornographie ebenso wie für beim sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Außerdem soll das Betreiben von Handelsplattformen zur Vermittlung kinderpornografischer Materials im „Darknet“ unter Strafe gestellt werden. Bereits der Versuch des sogenannten Cybergroomings – der Kontaktaufnahme pädokrimineller Täter mit Kindern im Internet – soll künftig strafbar sein.

Wohngeld- und Mietenbericht verabschiedet

Der Bundestag hat in dieser Woche einen Regierungsbericht mit dem sperrigen Titel „Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016“ diskutiert.

Im Zeitraum 2014-16 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten vor allem in den größten Kommunen und vielen Uni-Städten verschärft, auch in Köln. Wegen des regen Zuzugs stiegen die Mieten deutlich. Bundesweit erhöhten sich die Angebotsmieten aus Wohnungsinseraten spürbar um insgesamt 8,3 Prozent.

2015 entlastete der Bund mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten von Unterkunft und Heizung rund 4,2 Millionen Haushalte wirkungsvoll mit 16,8 Milliarden Euro. Damit profitierten 11 Prozent aller Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Anfang kommenden Jahres wird das Wohngeld noch einmal deutlich erhöht.

Auch als Folge unserer Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren mit einer deutlich gestiegenen Neubauaktivität auf die Nachfrage nach Wohnraum reagiert. Dafür hat der Bund eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, auch um die Bezahlbarkeit zu sichern. Das in diesem Jahr angelaufene Baukindergeld ist dabei ein absoluter Renner.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit effektiv bekämpfen

Der Bundestag hat sich am Donnerstag mit der Problematik der Wohnungs- und Obdachlosigkeit beschäftigt und entsprechende Anträge der Linken, der Grünen und der AfD diskutiert. Vor allem die linke und die AfD-Opposition versuchten mit unrealistischen aber populistischen Vorschlägen zu punkten.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit zurückzudrängen war natürlich ein von allen genanntes Ziel. Aber bei der Bewertung der Maßnahmen und der Rolle des Bundes prallten die Meinungen hart aufeinander. Deutlich wurde dabei, dass Wohnungslosigkeit, besonders aber Obdachlosigkeit vielfältige Ursachen hat, gegen die es keine Patentlösungen gibt. Neben wirtschaftlichen Notlagen spielen häufig gesundheitliche und psychische Probleme eine Rolle, die nicht allein mit der Bereitstellung einer Wohnung gelöst werden können. Dafür gibt es in Köln beispielsweise Betreuungs- und Behandlungsangebote durch das Gesundheitsamt.



MdB Möring lobte die konkreten Hilfen in Köln und den vorbildlichen Einsatz vieler Ehrenamtlicher im Kampf gegen Obdachlosigkeit. (Foto: privat)

„Die Union schätzt die Arbeit, die in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe in unseren Kommunen geleistet wird sehr hoch“, so MdB Karsten Möring, der in der Debatte die umfangreichen Bemühungen der NRW-Landesregierung und der Stadt Köln positiv hervorhob. „Zuwendung, personeller Einsatz, materielles Vorhalten. Das ist der Kern zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit - vorausgesetzt, dass wir es schaffen, das Wohnungsangebot so groß zu machen, dass man auch eine Wohnung findet, wenn man sie braucht.“ ([hier zur Rede](#))

Impressum:

Ausgabe Nr. 26 der 19. Wahlperiode vom 16. Februar 2019

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611

Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

